

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 34 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Dr. Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, begrüßt die Neuordnung der Parteienfinanzierung: Chance des Neubeginns. Seite 1

Egon Lutz MdB, Obmann im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, wertet die jüngsten Arbeitsmarktdaten: Auch heute kein Grund zum Jubeln. Seite 3

Gert Weisskirchen MdB wirft der Regierung vor, die Jugendlichen 1984 im schwierigsten Berufsbildungsjahr allein zu lassen. Seite 5

Heidemarie Wiczorek-Zeul MdEP erinnert an den 40. Todestag des Schriftstellers und SPD-Politikers Carlo Mierendorff. Seite 6

38. Jahrgang / 231

2. Dezember 1983

Ein konstruktives Gesamtkonzept

Die Neuordnung der Parteienfinanzierung kann sich sehen lassen

Von Dr. Axel Wernitz MdB
Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses

Auch nach der parlamentarischen Verabschiedung des Parteienfinanzierungsgesetzes wird - nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Parlamentsdebatte - die öffentliche Diskussion über dieses Thema anhalten. Naturgemäß rückt dabei auch die Frage einer verfassungsgerichtlichen Nachprüfung in den Mittelpunkt des Interesses. Von bestimmter Seite wurde in diesen Tagen immer wieder der Eindruck erweckt, als ob hier vom Parlament mit heißer Nadel und im Schnellschußverfahren die Neuordnung der Parteienfinanzierung durch den Bundestag gepeitscht worden sei. Solchen Behauptungen muß mit Nachdruck entgegengetreten werden. In Wahrheit ist auf solider Grundlage in intensiven Beratungen ein konstruktives Gesamtkonzept zur Neuordnung der Parteienfinanzierung verwirklicht worden, das Anspruch auf sachliche Würdigung auch von jenen beanspruchen kann, die ihm kritisch gegenüberstehen.

Hier ist zunächst daran zu erinnern, daß die vom Bundespräsidenten eingesetzte Sachverständigenkommission einen umfassenden und richtungsweisenden Maßnahmenkatalog zur Neuordnung der Parteienfinanzierung vorgelegt hatte. Auf dieser Grundlage wurde zunächst mit dem Gesetzentwurf der Koalitionsparteien die parlamentarische Arbeit aufgenommen. Nach längeren Abklärungsgesprächen zwischen den Parteien beziehungsweise Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP konnten die Ausschüßberatungen am 12. Oktober 1983 beginnen. Die Berichterstattergruppe des Innenausschusses hat in vier Sitzungen am 24. und 28. Oktober sowie am 11. und 21. November sehr intensiv auf der Grundlage des Gesetzentwurfs gemeinsame Änderungsanträge von CDU/CSU, FDP und SPD beraten. Der Innenausschuß selbst hat sich mit dem Gesetzesvorhaben in vier Sitzungen befaßt.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

Freiwilliger Empfang
aus dem Erlös der Heussallee
Rezeptions-Punkt



Insbesondere gab es drei sehr detaillierte Einzeldurchgänge zu der Vorlage, bevor es zur Gesamtabstimmung kam. Hinzu traten die Beratungen in dem mitberatenden Rechts- und im Finanzausschuß, sowie im Haushaltsausschuß unter Haushaltsaspekten.

Für die parlamentarische Beratung wurde nicht nur auf den Sachverstand der Exekutive zurückgegriffen. Vor allem im Hinblick auf die verfassungsrechtlichen Fragen war es unverzichtbar, auch externe Sachverständige einzuschalten. Der Innenausschuß folgte meiner entsprechenden Anregung und führte am 9. November eine Anhörung mit fünf Verfassungsrechtsexperten durch. Gerade diese Anhörung hat in verschiedenen Punkten noch wichtige Impulse für die Endfassung des Gesetzentwurfs gebracht.

Von besonderer Bedeutung war jedoch die Tatsache, daß eine Mehrheit der Sachverständigen das Neuordnungskonzept zur Parteienfinanzierung insgesamt als den verfassungsrechtlichen Anforderungen, wie sie das Bundesverfassungsgericht in seinen verschiedenen Eckdaten formuliert hatte, entsprechend wertete. Freilich wurde zugleich auf ein verbleibendes verfassungsrechtliches Risiko verwiesen. Es bedürfe der politischen Entscheidung des Parlaments, ob dieses Risiko getragen werden kann.

In ähnlicher Form hat sich auch die Bundesregierung durch den Innen- und Justizminister im Innenausschuß geäußert. Es bleibt unbestreitbar richtig, daß sich das Bundesverfassungsgericht mit einer so differenzierten Gesamtregelung, die sich darum bemüht, den durch frühere punktuelle Entscheidungen vorgegebenen verfassungsrechtlichen Anforderungen Rechnung zu tragen, bislang nicht befaßt hat.

Wie immer man das verbleibende verfassungsrechtliche Restrisiko einschätzen mag, die politische Entscheidung des Deutschen Bundestages hat dazu beigetragen, daß die Parteienfinanzierung aus der so oft kritisierten Grauzone herauskommen kann und die Chance eines Neubeginns gewinnt.

Wenn das Gesetz auf den Prüfstand in Karlsruhe kommt, ist wohl damit zu rechnen, daß jenseits der punktuellen und nicht immer widerspruchsfreien Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes nunmehr Entscheidungen getroffen werden, die für die Parteien in Sachen Parteienfinanzierung einen gesicherten Rahmen gewährleisten.
(-/2.12.1983/ks/va)

+ + +



Lametta und Weihrauch auf dem Arbeitsmarkt

Anmerkungen zur Arbeitsmarktstatistik des Monats November 1983

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Auf den Straßen unserer Republik "weihnachtet" es zunehmend. Allerorten in den Städten und Gemeinden trifft man seit Wochen bereits auf die entsprechenden Dekorationen, und das alljährliche Weihnachtsgeschäft läuft auf Hochtouren.

Aber der bekannte "Friede auf Erden" zur Weihnachtszeit ist in einigen hunderttausend bundesdeutschen Familien arg in Mitleidenschaft gezogen.

Die Rede ist von den Bundesbürgern, die der Kohlschen Anti-Beschäftigungspolitik bereits zum Opfer gefallen sind beziehungsweise die sich ausrechnen können, wann auch sie aufgrund der Tatenlosigkeit der Bundesregierung Eingang in die Nürnberger Arbeitslosenstatistik finden werden.

Heute versuchte Präsident Stingl wieder einmal, diese Gefahr herunter zu spielen. Er tut dies mit Hilfe der Arbeitsmarktzahlen des Monats November 1983, die - sieht man ihre beigefügte Kommentierung an - nun endlich die Wende zum Besseren und das Ende aller Sorgen bedeuten.

Es gab "nur" einen saisonalen Anstieg der Arbeitslosigkeit ausschließlich aus jahreszeitlichen Gründen, ansonsten herrschten allerorten "Besserungstendenzen" vor. Und auch für die Zukunft wird der Arbeitsmarkt in rosaroten Zahlen gemalt.

Nicht nur in diesem Punkt fühlt man sich fatal an die Deutsche Bundesbahn und ihre Verheißung sogenannter "rosaroter Wochen" erinnert, auch im Heranziehen eines angeblich ausschließlich jahreszeitlich bedingten Anstiegs der Arbeitslosenquote von 8,4 Prozent vor einem Jahr und 8,7 Prozent im letzten Monat auf nunmehr 8,8 Prozent und 2.193.300 Menschen fällt einem das Sprichwort ein: "Alle reden vom Wetter - wir auch!"

Hier macht es sich die Bundesanstalt für Arbeit entschieden zu einfach!

Die öffentliche Meinung ist unter Umständen mit einer allmonatlichen Dosis Optimismus zu beeindrucken, Arbeitsmarktexperten jedoch nicht. Deren begründete Skepsis gegenüber einer angeblichen Erholung des Arbeitsmarktes in den kommenden Monaten bleibt so lange bestehen, wie die derzeitige Bundesregierung in ihrer beschäftigungspolitischen Untätigkeit verharret.



Weder die "Selbstheilungskräfte des Marktes" noch die Selbstheilungskräfte der Saison oder des Wetters werden eine Besserung bewirken. Und wer das weiß, dem sind auch die heutigen Nürnberger Zahlen trotz der Weihnachtszeit kein Wohlgefallen.

Die Arbeitslosenzahl stieg in der Zeit von Ende Oktober bis Ende November 1983 um zwei Prozent oder 45.600 und ging damit über den Vorjahresstand um 155.200 oder acht Prozent hinaus.

Ein von der Bundesanstalt in diesem Zusammenhang angestellter Vergleich mit den Zuwachsraten der Monate September und Oktober, die höher ausfielen, erbringt für sich betrachtet keinen Sinn. Denn was ist zum Beispiel mit den Menschen, die vollends entmutigt von der Regierung Kohl sich schon gar nicht mehr bei den Arbeitsämtern melden?

Ende November 1983 gab es 67.100 offene Stellen, im gleichen Zeitraum wurden 121.000 Arbeitssuchende von den Arbeitsämtern vermittelt.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren ging um 4.300 oder zwei Prozent auf 182.300 zurück, wozu allerdings auch der nun in der Arbeitsmarktstatistik wirksam werdende Pillenknick beigetragen hat.

Die Zahl der ausländischen Arbeitslosen nahm saisonbereinigt ebenfalls ab, doch weist auch diese Tatsache nicht etwa auf Erholungstendenzen des Arbeitsmarktes hin, sondern auf die Folgen der von der Bundesregierung betriebenen Politik der sogenannten Rückführung in die Heimatländer. Im November 1983 gab es ansonsten zwei Prozent mehr arbeitslose Ausländer und damit 282.600.

Zwölf Prozent oder 14.800 mehr Schwerbehinderte waren Ende November arbeitslos im Vergleich zum Vorjahr, und auch immer mehr Arbeitnehmer, die 59 Jahre und älter sind, verlieren ihre Arbeit: insgesamt sind 95.500 registriert.

Die Zahl der Kurzarbeiter belief sich auf 494.000, das sind zehn Prozent weniger als im Vormonat, was vor allem auf die ausgefallenen Feierschichten im Steinkohlebergbau zurückzuführen ist.

Wie man unschwer aus diesen Zahlen ersehen kann, ist es mit dem heute wieder einmal propagierten "Aufschwung" nicht weit her. Einen Sinn ergeben die Arbeitsmarktzahlen auch für den Monat November 1983 und für die sich abzeichnende weitere Entwicklung erst, wenn man hinter sie leuchtet.

Dabei allerdings sind die heutigen "schönen Worte" aus Nürnberg keine Hilfe - im Gegenteil.

Man bedenke bei allen Prognosen am heutigen Tag und in den kommenden Wochen und Monaten immer, wieviel sozialpolitischer Zündstoff sich hinter der nackten Statistik verbirgt. Diese Bundesregierung ist auf dem unseligen Weg, diesen nicht zu entschärfen, sondern im Gegenteil durch ihre Kahlschlagpolitik weiteren zusätzlich anzuheufen.
(-/2.12.1983/ks/va)

+ + +



1984 wird das schwierigste Jahr

Die Regierung ist ohne Perspektive beim Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Von Gert Weisskirchen MdB

50.000 Jugendliche blieben auf der Strecke im Wettlauf um die vom Bundeskanzler versprochenen Ausbildungsplätze am Stichtag 30. September 1983. Die "Nachvermittlung" in diesem Jahr zeigt: anders als in den vergangenen Jahren bewegt sich in diesem Herbst der Ausbildungsmarkt weniger als sonst.

Ohne Widerspruch der übrigen Sachverständigen rechnet die Bundesanstalt für Arbeit im nächsten Jahr mit einer drastischen Zunahme der Nachfrage auf rund 740.000 Jungen und Mädchen, die Ausbildungsplätze suchen. Ob das Angebot noch einmal gesteigert werden kann - Zweifel darüber können nicht ausgeräumt werden. Eher muß befürchtet werden, daß 1984 das schwierigste Jahr für die Jugend werden wird:

- Der Bafög-Kahlschlag treibt zunehmend Teilnehmer der allgemeinbildenden Schulen und abgeschreckte Studienwillige in das duale Bildungssystem;
- der Druck von "Altnachfragern" nimmt zu, die nach Maßnahmen des Arbeitsamtes und nach beruflichem Vollzeitunterricht Ausbildungsgänge nach dem Berufsausbildungsgesetz durchlaufen wollen;
- die Abgangsjahrgänge bleiben immer noch anhaltend hoch.

Gesundbeten hilft zur Lösung der Probleme nicht weiter. Der Staat ist gefordert, das Grundrecht auf Ausbildung zu sichern und die Verpflichtung der Arbeitgeber, eine hinreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zu stellen, auch gesetzlich einzufordern.

Die Widersprüche des Sonderprogramms der Bundesregierung und die unzulängliche Ausgestaltung des Benachteiligtenprogramms verlangen danach, daß ein Neuansatz gesucht wird. Wer die Bedarfsorientierung als Bezugspunkt wählt, der wird zum Ergebnis kommen, daß die bisherigen Kapazitäten viel zu gering angelegt sind. Die Praxis antwortet auf die Frage, wer ausbildungswillig ist überzeugend: Es hängt ausschließlich von der sozialpädagogischen Zuwendung ab.

Die Zahl der Jugendlichen ist verschwindend gering, die nicht ausgebildet werden wollen; sie liegt bei höchstens zwei Prozent. Die Anhörung der SPD-Fraktion hat zwei Erkenntnisse deutlich unterstrichen:

- 1) Die Probleme von Quantität und Qualität im Ausbildungsstellenmarkt sind nicht gelöst; während bis Ende des Jahrzehnts die Nachfrage anhaltend hoch bleiben wird, wachsen die Qualitätsanforderungen an die Bildungsstruktur der Arbeitnehmerschaft zur gleichen Zeit. Die Finanzierung bleibt als Aufgabe.
- 2) Die Bundesregierung hat keine Konzeption entwickelt, die die notwendigen Antworten auf die Herausforderungen gibt. Im Gegenteil: Fehlprognosen der Nachfrage, Bruch des Wahlversprechens (Kanzler Kohl: "Für jeden ist eine Lehrstelle da.") und chaotisches Agieren mit dem Sonderprogramm sind kein Beitrag, der unserer Jugend hilft.

(-/2.12.1983/ks/va)

+ + +



Ein früher Europäer

Zum 40. Todestag von Carlo Mierendorff

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP

Europa ist nicht erst, wie viele seiner Bürger annehmen, in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg "erfunden" worden. In der deutschen Sozialdemokratie zumindest, hat der Europa-Gedanke eine Tradition, die weit in die Zeit der Weimarer Republik zurückreicht. Vor fast 60 Jahren, im Heidelberger SPD-Programm von 1925, wurden bereits die "Vereinigten Staaten von Europa" gefordert, "um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen". Unter den Sozialdemokraten jener Jahre war Carlo Mierendorff - in Darmstadt aufgewachsen und für den damaligen Wahlkreis Hessen-Darmstadt Abgeordneter im Reichstag - einer der engagiertesten europäisch denkenden Politiker. Sein Todestag am 4. Dezember 1943, der sich jetzt zum 40. Mal jährt, ist Anlaß, dieses ungewöhnlichen Menschen und Politikers zu gedenken.

Mierendorff, 1897 in Sachsen geboren, war kein Arbeiterkind, ist nicht "hineingewachsen" in die Sozialdemokratie, war vielmehr Sohn eines Angestellten am großherzoglichen Hof zu Darmstadt. Dort ging er ins Gymnasium, dort gehörte er als begabter junger Literat zum expressionistischen Künstlerkreis um Kasimir Edschmid; dort schließlich, meldete er sich als 17jähriger freiwillig zum Kriegsdienst. Als mehrfach ausgezeichnete Offizier und Kriegsgegner kam er 1918 dorthin zurück, oder, wie Carl Zuckmayer über ihn schrieb: "... als überzeugter Anhänger der deutschen Revolution, militanter Pazifist und gläubiger Europäer."

Zur Überraschung seiner Freunde, die ihn eher als einen revolutionären Denker einschätzten, nicht als einen Mann der Parteiarbeit, wandte sich Mierendorff noch während seines Studiums der Volkswirtschaft in den frühen zwanziger Jahren der SPD zu, arbeitete zunächst bei den Jungsozialisten mit, verzichtete auf eine vielversprechende literarische Laufbahn und verband sich auch beruflich mit der Arbeiterbewegung, die er von innen her für erneuerungsbedürftig hielt: Er wurde Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle beim Transportarbeiterverband, dann Redakteur des sozialdemokratischen "Hessischen Volksboten", später Sekretär der SPD-Reichstagsfraktion, schließlich Pressereferent beim hessischen SPD-Innenminister Wilhelm Leuschner, am Ende Reichstagsmitglied während der letzten beiden Jahre vor der endgültigen Zerschlagung der Weimarer Republik.



Den Nationalsozialisten war Carlo Mierendorff verhaßt aus zwei Gründen: Seine Integrität und Offenheit, sein persönlicher Mut und seine Güte, sein urwüchsiges Temperament und seine treffsichere Sprache wurden in einer für das Regime geradezu gefährlichen Weise verstanden und geliebt. Zudem waren Mierendorff - bei aller Verbundenheit mit seinem Land - nationalistische Gedanken fremd. Im Gegenteil: Er wollte eine europäische Allianz, allem voran die deutsch-französische Verständigung zu einem Zeitpunkt, da die Republik und vor allem die Mehrheit des Volkes noch an den Folgen des verlorenen Krieges litt. Mierendorffs Plan: Eine demokratische "Achse" Wien-Berlin-Paris-London, deren fortschrittliche Kräfte ausstrahlen und weitere europäische Staaten einschließen würden. Ein derart einiges Europa würde dann, so schwebte es ihm - in den zwanziger Jahren! - vor, zu einem aufrichtigen Gleichgewichts-, ja, Freundschaftsverhältnis mit dem Osten gelangen können.

Das Nazi-Regime rächte sich rasch und brutal. Mierendorffs Stationen von Sommer 1933 bis Anfang 1938: Gestapo-Haft, dann die Lager Osthofen, Börgermoor, Papenburg, Torgau, Lichtenburg, Buchenwald. Interventionen von Freunden aus dem Ausland halfen nichts. Doch als er nach fast fünf Jahren sehr plötzlich freikam, lehnte er, wie schon Anfang 1933, eine Emigration ab: "Was sollen unsere Arbeiter denken, wenn wir sie allein lassen? Wir können doch nicht alle an die Riviera ziehen!" Und er blieb.

Das Regime fürchtete den Freigelassenen so sehr, daß es ihn zwang, unter falschem Namen weiterzuleben. Als Dr. Carl Willmer fand Mierendorff Beschäftigung bei einem Industrieunternehmen, schloß sich dem Kreisauer Kreis an, begann ein riskantes Doppelleben, plante mit seinen Freunden Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Theodor Haubach den Umsturz, der am 20. Juli 1944 scheiterte.

Doch diesen Tag erlebte Carlo Mierendorff nicht mehr. Der Mann, den Mißhandlungen bei Verhören, den Qualen in Konzentrationslagern nicht hatten umbringen können, starb bei einem Bombenangriff in Leipzig als einziges Kriegsoffer jener Nacht. Theodor Haubach, sein Darmstädter Jugendfreund und politischer Weggefährte, der wie andere Männer des 20. Juli wenig später hingerichtet wurde, konnte es nicht fassen: "Ein solcher Mensch geht nicht an der Sinnlosigkeit des Zufalls zugrunde." Daran gingen damals Millionen zugrunde. Die europäische Einigung hat einen entscheidenden Anteil daran, daß derartiges nie wieder passiert. (-/2.12.1983/ks/va)

+ + +

